



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

spd/III/106

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

3. September 1948

"Freie Wirtschaft" und die Folgen

Von Herbert Kriedemann, Frankfurt

Die Gewissenlosigkeit, mit der die sogenannte "freie Wirtschaft" am Tage der Währungsreform in Szene gesetzt worden ist, drückt sich nicht nur in den unmittelbaren Folgen für die wirtschaftlich schwachen Verbraucherschichten aus, die durch eine Preiswillkür ohnagleichen immer mehr vom Markt verdrängt werden. Sie verursacht auch Schwierigkeiten, die erst in einigen Monaten voll in Erscheinung treten werden und nicht mit einer Handbewegung weggewischt werden können. Herr Erhard und die Nutznießer seiner Politik tun geflissentlich so, als wäre die Ware durch die Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften hervorgezaubert worden und nicht etwa durch das neue Geld. Aus dieser Irrführung nehmen sie nun ihre Argumente dafür, daß hinfort auch keinerlei Maßnahmen zur Sicherung einer gerechten Versorgung mit Mangelwaren mehr unternommen werden dürfen. Sie operieren mit der Drohung, daß dann die Waren einfach wieder verschwinden würden und gestützt auf solche Beweisführung sehen sie dem "freien" Markt zu und geben es für eine Art ehernes Naturgesetz aus, daß die wirtschaftlich Schwachen als Käufer von Mangelware ausfallen müssen - auch wenn es sich um Mangelware handelt, die, wie Fleisch, Schuhe und Kleidung, lebensnotwendig ist.

Welche Kräfte damit entfesselt sind und welche Gefahren sie heraufbeschworen haben, ist mit besonderer Deutlichkeit an einem Sektor der Wirtschaft abzulesen, von dem breite Schichten annehmen, daß er völlig ungefährdet sei. Ich meine die Getreidewirtschaft. Offiziell ist Getreide noch von vorn bis hinten bewirtschaftet. Die Erzeuger, denen das gute Geschäft des Kompensierens jetzt im Zeichen des neuen Geldes verlorengegangen ist, sehen, wie die Preise für industrielle Erzeugnisse die sie zur Aufrechterhaltung ihrer landwirtschaftlichen Betriebe dringend brauchen, hemmungslos davonlaufen, von keiner ordnenden Hand mehr gebändigt. Sie fordern daher höhere Preise auch für ihre Produkte, auch für Getreide, und haben keinerlei Hemmung mehr, gegen höhere Preise zu verkaufen - soweit sie ihre Ernte nicht in Erwartung höherer amtlicher Preise zurückhalten. Es stört sie dabei gar nicht, daß sie nach dem Gesetz immer noch zur Ablieferung verpflichtet sind. Das so auf den freien Markt gebrachte Getreide wird keineswegs nach den bestehenden Vorschriften ausgemahlen, und das bedeutet, daß weniger Brot daraus gebacken wird, aber dafür bessere Kuchen - allerdings nur für die, die ihn bezahlen können. Die Mengen aber, die heute von einem kaufkräftigen Publikum in Form von feinem Gebäck verzehrt werden, werden

allen Verbrauchern im Frühjahr fehlen, und das bedeutet eine Kürzung der Brotration und läuft auf eine Sabotage der Ernährungspolitik hinaus. Diejenigen Erzeuger, die dieses Spiel nicht mitmachen - das gleiche gilt für Verarbeitungsbetriebe, die sich an die noch geltenden Vorschriften halten - kommen rettungslos ins Hintertreffen. Sie können weder Kunstdünger noch Maschinen kaufen, und ihre Lage wird im nächsten Jahr noch schwieriger sein. Die anderen aber, die hemmungslos das Verfügen um jeden Preis mitmachen, singen begeistert in Herrn Erhards Chor mit.

Genau das gleiche Bild bietet sich in der Fleischversorgung. Der Landwirt, der sich seiner Verantwortung vor seinem in der Masse noch immer hungernden Volk bewußt ist und der Fleischer, der sich aus Angst vor der Empörung seiner zahlungsschwachen Kunden nicht zum "freien Handel" anschließen kann, sie sehen ihre Kollegen, die die offenen und versteckten Parolen besser begriffen haben und deshalb das Geschäft machen. Die Verbraucher sehen nur, daß sie für ihre Marken und ihr Geld kein Fleisch bekommen können. Das Fleisch aber, das sie sehen, können sie nicht bezahlen. Nebenbei bemerkt: wer in dem Restaurant oder zuhause in der guten Stube das teure freie Fleisch genießt, sieht - wenn er Herrn Erhards Freiheit preist - die Trichinen und die Tuberkeln nicht, die in dem außerhalb der Schlachthöfe und der Fleischbeschau gehandelten Fleisch ihre Sorte von Freiheit genießen.

Das sind keine Schönheitsfehler einer Wirtschaft, die sich erst "einpendeln" muß. Das sind die Konsequenzen einer Wirtschaftspolitik, die, frei von aller Verantwortung und ohne jede soziale Rücksichtnahme, sich jetzt in einem der ärmsten Länder der Welt austobt. Es ist sehr wichtig, daran zu erinnern: Von der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat vor die Frage gestellt, haben CDU, FDP und "Deutsche Partei" ausdrücklich die Verantwortung für diese Politik einschließlich ihrer "Schönheitsfehler" übernommen, indem sie dem Direktor Erhard ihr Vertrauen zu seiner Politik aussprachen.

Die Gewerkschaften zum Lohn- und Preisproblem

sp. Auf einer zweitägigen Sitzung des Bundesbeirats des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die am 1./2. September in der Gewerkschaftsschule in Wennigsen am Deister unter dem Vorsitz von Dr. Böckler stattfand, wurde einstimmig eine EntschlieÙung zum Lohn- und Preisproblem angenommen, in der zur Sicherung eines ausreichenden Reallohnes wirksame preispolitische Maßnahmen gefordert werden. Dazu gehören:

1. Herabsetzung aller überhöhten Preise durch schärfste Kalkulation und hiarzu Einführung einer entsprechenden Preiskontrolle,
2. Ausschaltung aller überflüssigen und preissteigernden Handelsstufen, d.h. auch Aufhebung vorgeschriebener Handelswege,
3. Aufstellung von Produktionsprogrammen für lebensnotwendige Verbrauchsgüter und die Sicherstellung ihrer Durchführung, um die Bevölkerung in genügendem Umfange und zu tragbaren Preisen mit lebensnotwendigen Gütern zu versorgen,

4. eine auf die Förderung lebenswichtiger Produktionen abgestellte Kreditpolitik,
5. zusätzliche scharfe Besteuerung der nicht dringlichen Produktion beim Hersteller,
6. Verbot der Preisangleichung billiger eingeführter landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse an preisüberhöhte deutsche Waren,
7. Sicherung der Kaufkraft wirtschaftlich Schwacher durch Ausgabe von Verbilligungsscheinen, soweit durch die Festsetzung von Mindestpreisen die Preise für lebensnotwendige Güter erhöht sind,
8. Aufhebung aller Benachteiligungen für Genossenschaften, die wegen ihrer preisregulierenden Funktionen der Förderung bedürfen.

Im Hinblick auf die völlig in Unordnung geratene Lohn- und Preisverhältnisse kann eine Verbesserung des Realeinkommens nicht allein von der Preisseite her erreicht werden, sondern es bedarf ebenso einer Korrektur der Löhne. Aus diesem Grunde ist die Aufhebung aller lohnbindenden Bestimmungen unter Sicherung eines Mindestlohnes notwendig.

Um das unbedingt notwendige umfassende preis- und produktionswirtschaftliche Programm durchzuführen, sind darüber hinaus Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft zu schaffen, die in freiwilliger und echter Zusammenarbeit der in der Wirtschaft Tätigen zu bilden sind. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schlägt daher gemeinsame Ausschüsse der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften sowie der Spitzenorganisationen des Handels und der Industrie vor, um die Grundsätze für eine konstruktive Preis- und Produktionspolitik sofort in die Tat umzusetzen. Diese Ausschüsse haben im einzelnen auch Richtlinien auszuarbeiten, nach denen die Betriebe des Handels und der Industrie die erforderlichen Maßnahmen durchführen.

Die geforderten Maßnahmen zur Verbesserung des Realeinkommens können nur dann wirksam werden, wenn die Gewerkschaften ihre ganze Kraft zu ihrer Durchführung einsetzen. Die Orts- und Kreisausschüsse bilden sofort Aktionsausschüsse, zu denen Konsumgenossenschaften, Preisbehörden sowie die positiven Teile des Handels und der Industrie zu Mitarbeit aufzufordern sind. Diese Aktionsausschüsse sollen sich besonders beschäftigen mit:

1. einer laufenden Kontrolle der Preise und Preisauszeichnungen,
2. Maßnahmen gegen Warenhortungen, Kompensationen und Kopplungsgeschäfte,
3. Überprüfung von Preisbeschwerden,
4. Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden gegen den Preiswucher.

Mit diesen Vorschlägen zeigt der Deutsche Gewerkschaftsbund für die britische Zone die Wege für eine konstruktive Lösung und erwartet, daß alle verantwortlichen Stellen diese Forderungen mit in die Tat umsetzen. Sollten diese Erwartungen fehlerhaft sein, dann sind die Gewerkschaften entschlossen, alle geeigneten gewerkschaftlichen Kampfmittel einzusetzen, um zu dem gesteckten Ziel zu kommen.

In guten Händen

sp. Am kommenden Mittwoch wird die praktische Arbeit im Parlamentarischen Rat beginnen. Das ist gut so, der Feierlichkeiten hat es genug gegeben. Die festliche Geste an ihrem Platz ist eine schöne Sache und durchaus vertretbar. Sie ist aber nur dann wirksam, wenn sie in einem gut abgewogenen Verhältnis zum Anlaß steht und gelegentlich könnte man vielleicht bei den Übertragungen und Berichten aus Bonn den Eindruck haben, daß hier des Guten ein wenig zu viel geschah. Über den wenigen politischen Sonntagen in Deutschland liegt zu viel Schatten, als daß sie ein echtes Feiertagsgefühl aufkommen lassen.

Die SPD ist für die praktische Arbeit gut gerüstet. Vorsitzender ihrer Fraktion ist Professor Carlo Schmid - Tübingen, sein Stellvertreter ist der Innenminister von Rheinland-Westfalen, Walter Menzel, beide anerkannte Spezialisten für Verfassungsfragen. Weitere Mitglieder sind Andreas Gayk, Oberbürgermeister von Kiel, einer der ersten Kommunalpolitiker Deutschlands, mit großer Erfahrung in Verfassungsfragen, Gustav Zimmermann - Mannheim, bekannt als energischer und besonders in Organisationsangelegenheiten befähigter Mann, und Paul Loebe, jahrelang Präsident des Reichstages, über dessen Qualifikation gerade für die Fragen, die in Bonn behandelt werden sollen, nichts weiter gesagt zu werden braucht. Ein Verfassungsexperte von Rang ist auch der hessische Justizminister Dr. Zinn, Mitglied der SPD-Fraktion. Recht stark ist auch das jüngere Element der Partei vertreten und es ist sicher ein gutes Zeichen, daß die SPD in den Parlamentarischen Rat mehrere Männer entsenden konnte, die ihr erst seit kürzerer Zeit angehören und die von den anderen Parteien zur SPD gestoßen sind - ein klarer Beweis für die wachsende Anziehungskraft der Partei gerade auf die politisch besonders interessierten Bevölkerungsschichten.

Bei der Aufnahme der Berliner Vertreter in den Parlamentarischen Rat hat es gewisse Schwierigkeiten gegeben. General Clay erklärte noch vor wenigen Tagen, es sei mit den Londoner Empfehlungen nicht zu vereinbaren, daß Berlin gleichsam als vollberechtigtes Land im Rat vertreten sein könne, wenn auch gegen die Beteiligung von Vertretern der Stadt als Gäste keine Einwendungen erhoben werden würden. Es hat offenbar in dieser Sache auch gewisse Auffassungsunterschiede zwischen den Generälen Clay und Robertson einerseits und General König auf der anderen Seite gegeben. König wollte den Berlinern nur eine Beobachterrolle zuerkennen, ohne das Recht, im Plenum und in Ausschüssen selbst Stellung zu nehmen. Man hat sich dann aber dahin geeinigt, den Berlinern doch die Möglichkeit zu geben, in jeder Frage ihre Meinung zu sagen, ohne daß man ihnen allerdings Stimmrecht zuerkannt hat.

So ist, vom Standpunkt der SPD gesehen, die Vertretung der deutschen Interessen in Bonn in guten Händen und es besteht aller Grund, auch unter diesem Gesichtspunkt der kommenden Arbeit mit Vertrauen entgegenzusehen.

(m/1/39/1/hs)

Paris erwägt deutsch-französische Annäherung

Von unserem Pariser Berichterstatter Alfred Frisch

Die französische Öffentlichkeit ringt sich langsam, aber sicher zu einer positiveren Einstellung Deutschland gegenüber durch. Seit Beginn dieses Jahres treten immer häufiger Stimmen für eine französisch-deutsche Zusammenarbeit in Europa ein. Von entscheidendem Einfluss war der viel zitierte Artikel von Duverger in "Le Monde", der offen für eine deutsch-französische Allianz eintritt. Es ist übrigens recht sonderbar, daß die Welle der deutsch-französischen Annäherung in Paris durch diesen Artikel über den Umweg der deutschen Presse ausgelöst wurde, da die französische Öffentlichkeit erst durch das starke Echo jenseits des Rheins auf die Anregungen Duvergers aufmerksam gemacht wurde.

In gleichem Sinne kann die Gründung von Vereinigungen für die Herstellung deutsch-französischer Beziehungen verstanden werden. Die erste Gesellschaft dieser Art hat einen rein wirtschaftlichen Charakter. Mit der Billigung der französischen Besatzungsbehörden und der maßgebenden Ministerien will sie den Warenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich erleichtern und gewissermaßen der Vorläufer einer in absehbarer Zukunft zu errichtenden deutsch-französischen Handelskammer sein. Zwei weitere Vereinigungen, von politisch-literarischen Persönlichkeiten ins Leben gerufen, darunter von Emmanuel Mounier, Sartre, einigen Germanisten der Sorbonne, Journalisten, protestantischen und katholischen Geistlichen sowie einigen Parlamentariern, wie dem Sozialisten Jouva, wollen sich mit dem wohlwollenden Studium deutscher Angelegenheiten befassen, persönliche Kontakte zwischen den beiden Völkern durch den Austausch von Rednern und vor allem von Jugendlichen herstellen, jenseits der jeweiligen Grenzen für gegenseitiges Verständnis werben, um so langsam den Boden für eine deutsch-französische Annäherung vorzubereiten.

Die bevorstehende Bildung der Trizone, die Befürchtung des Scheiterns der Verhandlungen mit Moskau und die nunmehr wahrscheinliche Einberufung eines ersten europäischen Parlamentes, in dem nach mancher französischer Meinung auch deutsche Vertreter sitzen sollten, scheinen der Frage einer deutsch-französischen Annäherung stärkeres Gewicht gegeben zu haben. Man liest in der Pariser Presse jetzt Überschriften, die selbst dann überraschend sind, wenn man immer der Ansicht war, daß sich die französische Deutschlandpolitik seit langen Monaten in einer stetigen Umwandlung zu einer realistisch-positiven Haltung befindet: In "L'Aube", dem Blatt der Partei des Außenministers "Geistige Strömungen zu Gunsten einer deutsch-französischen Annäherung", in der politisch schwer bestimmbaren Zeitung "Aurore-France Libre" "Auf dem Wege zu einer Politik französisch-deutscher Verständigung". Die diplomatische Mitarbeiterin dieser Zeitung, Geneviève Tabouis, hat zwar wiederholt bewiesen, daß sie von deutschen Dingen recht wenig versteht, sie verfügt jedoch über gute Beziehungen zum französischen Außenministerium, so daß ihre Ausführungen nicht übersehen werden dürfen, wenn ihr gegenüber auch Vorbehalte angebracht sind.

Madame Tabouis versichert, daß sich der Quai d'Orsay zu einer Politik der deutsch-französischen Verständigung (entente franco-allemande,

was im äußersten Falle auch Bündnis besagen kann) entschlossen habe, deren Pläne seit sechs Monaten bereit lägen. Diese Politik sei undenkbar gewesen, solange die 47 Millionen Deutsche des Westens nicht die volle Gefahr, die ihnen vom Osten her droht, erfaßt hätten. Es sei jetzt soweit, umso mehr als Westdeutschland auch strategisch im Falle einer endgültigen Blockbildung von größter Bedeutung sei. Der Artikel schließt mit der Feststellung: "Für den Quai d'Orsay ist demnach der Augenblick gekommen, bewusst eine französisch-deutsche Politik zu betreiben".

Man sollte jedoch die Tragweite der augenblicklichen, französischen Strömungen auch nicht überschätzen. Gewiß, sie stützen sich auf die Überzeugung, daß Europa ohne Beseitigung des deutsch-französischen Gegensatzes als Einheit nicht denkbar ist. Im Hintergrund befinden sich gleichzeitig Motive, die weniger erfreulich und annehmbar sind. Die Kreise um Madame Tabouis sehen in Deutschland vor allem ein Bollwerk gegen den Kommunismus und sie beschränken sich in ihrer Deutschland-Politik auf diese zunächst negative Konzeption. Die französische Diplomatie neigt ihrerseits dazu, Deutschland als Stützpunkt oder als Sekundanten für ihre eigene Tropapolitik zu benutzen. Man darf auch nicht übersehen, daß einflußreiche Wirtschaftskreise sehr darum bemüht sind, die deutsche Konkurrenz auszuschalten und, zusammen mit Politikern und Diplomaten verschiedenster Parteizugehörigkeit, den deutschen Wiederaufbau weitmöglichst zu verzögern.

So erfreulich auch die jüngeren französischen Tendenzen sind, so erscheint es doch angebracht, sich zunächst über den Sinn und die Absichten einer deutsch-französischen Annäherung zu verständigen, um spätere äußerst schädliche Widersprüche und Gegensätze von vornherein zu vermeiden.

Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Jugoslawien

sp. Mit der Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, deren Zahl auf 85 000 geschätzt wird, wird nach dem jetzt bekannt gewordenen Rückführungs-Plan am 1. November dieses Jahres begonnen werden. Die Kriegsgefangenen werden lagerweise in die Heimat zurücktransportiert und dürfen Lebensmittel im Gewicht von 15 Kilo und Zigaretten in unbeschränkter Menge mitnehmen. Der erste Transport geht am 1. November mit 1700 Reichsdeutschen und 350 Österreichern ab, die bisher in Lager 3 in Belgrad festgehalten waren. Ihm wird am 3. November ein zweiter Zug mit 240 Reichsdeutschen folgen. Der letzte Kriegsgefangenen-Transport soll nach dem Plan am 18. Januar 1949 Jugoslawien verlassen.

(n/B65/39/hs)

Neue SPD-Erfolge bei Betriebswahlen

sp. Die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Betriebsrätewahlen in Köln und Nürnberg sowie im Bezirk Niederrhein zeigen ein weiteres, beträchtliches Anschwellen der SPD-Vertreter. So ist im Kreis Köln die Zahl der SPD angehörenden Betriebsräte von 135 im Vorjahr auf 205 im Jahre 1948 gestiegen, während die Kommunisten 16 Sitze verloren. Im Bezirk Niederrhein, der die Unterbezirke Düsseldorf, Duisburg, Essen, Krefeld, Mülheim/Ruhr, Moers, Neuss, Wuppertal und Opladen umfaßt, zeigt sich ein noch eindrucksvolleres Bild. Hier hat sich die Zahl der SPD-Betriebsräte gegenüber 1947 mehr als verdoppelt. In insgesamt 232 Betrieben wurden 979 Betriebsräte gewählt, die der SPD angehören. 315 entfielen auf die KPD, 219 auf die CDU, 71 auf die Parteilosen und 10 auf das Zentrum. Die SPD stellte außerdem 134 Obleute. In Nürnberg ergab sich bei den Betriebsratswahlen in den 18 wichtigsten Industriebetrieben folgendes Bild: SPD 109 (KPD 55, CDU 4, Parteilose 27). Auch hier hat die SPD gegenüber dem Vorjahr weitere Sitze gewinnen können.

(b/B65/39/hs)

Berlin enthüllt Sowjet-Geheimnisse

sp. "Ein bedeutsamer Grund, warum die Sowjets die Westlichen Alliierten aus Berlin vertreiben möchten und warum die USA, England und Frankreich in Berlin bleiben wollen, wird von beiden Seiten in der Öffentlichkeit nicht gerne genannt", schreibt die amerikanische Zeitschrift "News Week". "Berlin ist der beste, einzelne Außenposten, den die Westmächte zur Sammlung von Material aus dem gesamten Gebiet östlich des Eisernen Vorhangs haben. Sie erfahren in Berlin über das, was sich in der Sowjet-Union tut, mehr als in Moskau selbst. Bedauerlicherweise wird die mächtige Deutsche Wirtschaftskommission, der oberste Verwaltungskörper der sowjetischen Besatzungszone, in Kürze von Berlin nach Leipzig verlegt werden, so daß ein weiteres Durchsickern von Informationen verhindert wird. Seit die Wirtschaftskommission im Februar gegründet wurde, sind ihre Chefs und die sowjetische Militärverwaltung stets durch das Erscheinen sowjetischer Geheimnisse in der Berliner Presse in Aufregung versetzt worden."

(b/B65/39/hs)

War Generaloberst Halder Widerstandsträger?

sp. Am 10. September findet vor einer Münchner Spruchkammer der lange hinausgeschobene Termin gegen den ehemaligen Generalstabschef Hitlers von 1938 - 1942 statt. Der öffentliche Kläger beantragt die Einstufung in die Gruppe I der "Hauptschuldigen". Halder ist in mehreren Verhandlungen der letzten Wochen als aktiver Träger des Widerstands bezeichnet worden. Seine Entlassung als Generalstabschef im Jahre 1942 wurde aus Prestige Gründen dem Ausland gegenüber geheimgehalten. Er selbst will in der Verhandlung einwandfreies Material für seine energische Gegenwehr gegen Hitler vorlegen. Der Einzige, der als Belastungszeuge seine Ehrlichkeit des Widerstands anzweifeln will, ist der Verfasser des Buches "Bis zum bitteren Ende", Hans Bernd Gisevius.

(b/B113/1/39/hs)

Der distinguierte Dr. Adenauer

sp. Eine Polemik zum Thema Polemik ist eine meist ebenso unerfreuliche wie nutzlose Angelegenheit insofern, als der Zurechtgewiesene dadurch doch nicht von seinen Gepflogenheiten läßt. Man kann nicht jede Rügehaftigkeit zurückweisen, wie man nicht jeder dummen Verleumdung nachlaufen kann, um sie tot zu schlagen. Auch im Gebrauch von Dementis empfiehlt sich Sparsamkeit. Andererseits ist es besonders dann notwendig, solche Vorstöße gegen einfachste Spielregeln des politischen Anstandes aufzugreifen, wenn sie von Männern mit Namen kommen.

Auf dem letzten Parteitag der CDU hat nach dem Kommentar des Kölner Rundfunks Dr. Adenauer unter anderem Wörtlich gesagt: "Die sozialdemokratische Propaganda hat im Kampf gegen die CDU internationalsozialistisches Niveau erreicht". Der Kommentator selbst, der in seinem Bericht um weitestgehende Objektivität bemüht war, hat dazu bemerkt: "- eine Formulierung, die auch kein sonderlich hohes Niveau erreicht". Das ist eine sehr vornehme Art der Zurechtweisung, an der sich der 72-jährige Adenauer, der so viel auf Distinktion hält, ein Beispiel nehmen sollte. Wenn Dr. Adenauer glaubt, eine solche geschmacklose Behauptung aufstellen zu können, dann hätte er sie zumindest durch Zitate belegen müssen.

Ganz abgesehen davon aber scheint uns Adenauer die geringste Berechtigung zu solcher unmassender Schulmeistererei zu haben. Er war es, der die SPD mehrfach der Abhängigkeit von Ausland beschuldigte, der mit Bezug auf sie das Wort von den "Lakaien des Königs von England" gebrauchte, der von der pathologischen Animosität der SPD gegen die CDU sprach. Das alles ist nichts als öde Schimpferei, die das Recht auf Entrüstung verwirkt. (n/1/39/1/he)

Messen - nichts als Messen

sp. Je weniger Waren wir haben, umso mehr Messen, erklären sarkastisch die Industrie- und Handelskammern in Westeuropa. Keines der vielen deutschen Länder fühlt sich wohl, wenn es nicht seine eigene Messe besitzt. Vom 5. bis 7. September findet die Herbstmesse in Köln statt, vom 6. bis 8. Oktober die Frankfurter Messe. Die Industrie- und Handelskammern werden daher auf Verlangen die Firmen ihres Bezirkes befragen, wie sie sich künftig zur Beschickung der Messen stellen, ob sich nun dabei um die Leipziger Messe, die Hannoversche Exportmesse, Kölner Messe, Frankfurter Messe, Flensburger Export-Muster-Schau oder die Stuttgarter Neue Exportschau handelt. Eine Reihe Firmen haben sich bei den Kammern beklagt, dass sie gezwungen seien, an so vielen kleinen, statt einigen, aber grossen Messen auszustellen. (n/Bl12/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau